

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

2



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?	Seite
Das kapitalistische Lohngesetz	1
Das Lohngesetz und die Gewerkschaften	3
Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften	5
Die klassenkämpferische, sozialistische Richtung	9
Die neue Rolle der Gewerkschaften	10
Neue Gefahren für die Gewerkschaften	11
Gefahren inmitten der Gewerkschaftsbewegung selbst	14
Die Ziele des DGB	14
Warum Gewerkschaftsmitglied?	18
 Anhang	 20

Preis DM 1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddenheimer Landstr. 78a

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?

Wenn von Gewerkschaften die Rede ist, denken wir an Löhne, Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsfragen, kurz: an die Bedingungen, unter denen Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitskraft verkaufen. In der Tat bestreiten Arbeiter und Angestellte ihr Leben aus dem finanziellen Erlös des Verkaufs ihrer Arbeitskraft.

Das kapitalistische Lohngesetz

Wenn Arbeiter heute ihre Löhne, ihren Lebensstandard betrachten, dann glauben viele, das einst von Marx entdeckte Gesetz, das die Höhe dieses Lohnes regelt, gelte nicht mehr. In dem Lehrbrief „Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?“ wird dies kurz behandelt. Es wird gezeigt, daß die Arbeitskraft des Arbeiters und Angestellten noch immer eine Ware ist. Der Preis dieser Ware ist abhängig von ihrem Wert. Dieser Wert bestimmt sich – wie der Wert jeder anderen Ware auch – durch das Quantum an Arbeit, das zur Herstellung dieser Ware erforderlich ist. Praktisch bedeutet das, er wird bestimmt durch den Wert des Quantums an Lebensmitteln, das zur Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Was heißt das? Zunächst handelt es sich hier nicht nur um Nahrungsmittel, sondern selbstverständlich auch um Kleidung, Wohnung, Ausbildungskosten usw. Marx formulierte das allgemein so:

„Die Arbeitskraft eines Menschen existiert nur in seiner lebendigen Leiblichkeit. Eine gewisse Masse Lebensmittel muß ein Mensch konsumieren, um aufzuwachsen und sich am Leben zu erhalten. Der Mensch unterliegt jedoch, wie die Maschine, der Abnutzung und muß durch einen anderen Menschen ersetzt werden. Außer der zu seiner eigenen Erhaltung erheischten Lebensmittelmasse bedarf er einer anderen Lebensmittelmenge, um eine gewisse Zahl Kinder aufzuziehen, die ihn auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen und das Geschlecht der Arbeiter zu verewigen haben. Mehr noch, um seine Arbeitskraft zu entwickeln und ein gegebenes Geschick zu erwerben, muß eine weitere Menge von Werten verausgabt werden.“

(Marx, „Lohn, Preis und Profit“ in Marx-Engels II, Studienausgabe, Politische Ökonomie, Fischer-Bücherei, Bücher des Wissens, Bd. 765, Frankfurt/M. 1966, S. 194)

Dieser „Warenkorb“ ist nicht in jedem Land, unter allen geografischen Bedingungen oder in jedem geschichtlichen Zeitabschnitt gleich groß. Er hängt auch ab von den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten auf geistigem und kulturellem Gebiet. Ein hochqualifizierter Metallarbeiter in einem entwickelten kapitalistischen Land entwickelt hinsichtlich der Ausbildung, der Arbeit und Freizeit andere Bedürfnisse als der analphabetische, vom Dorf in die Stadt gekommene Handlanger des Frühkapitalismus. Im Wert der Arbeitskraft steckt also auch ein gesellschaftlich-historischer Faktor.

ben. Deren Löhne „fallen naturgemäß bis auf jenes Niveau, mit dem sie sich selbst als annehmbar abgefunden haben.“ (Engels, „Artikel aus ‚The Labour Standard‘“, Berlin 1947, S. 10).

Das Lohngesetz und die Gewerkschaften

In der Anfangszeit des Kapitalismus gab es noch keine Gewerkschaften. Der einzelne Arbeiter stand dem Kapitalismus allein gegenüber, wenn es um Lohnhöhe und Länge des Arbeitstages ging. Unter solchen Verhältnissen kam es nicht zu einem wirklichen Aushandeln der Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Der Kapitalist konnte diese Bedingungen diktieren. War der Arbeiter nicht bereit, sie anzunehmen, konnte der Kapitalist warten und von seinem Kapital leben. Der Arbeiter konnte das nicht. Irgendwie mußte er, um leben zu können, zu Lohnarbeit kommen. Also mußte er sich den vom Kapital diktierten Bedingungen fügen.

Damals entwickelte sich bei den Arbeitern allmählich aus dem spontanen Widerstand einzelner und Gruppen von Arbeitern – oft mit blutigen Lehren verbunden – die Einsicht, daß sie nur durch ihre Vereinigung und den gemeinsamen Kampf die Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft verbessern, sie vom Existenzminimum nach oben hin verändern konnten. So entstanden die Gewerkschaften. Sie entstanden als eine Organisation, mit deren Hilfe die Arbeiter ihren Lohn – als Preis der Ware Arbeitskraft – dem tatsächlichen Wert dieser Ware anzunähern strebten. Das bedeutet:

„Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, es wird durch ihn voll zur Geltung gebracht. Ohne die Mittel des gewerkschaftlichen Widerstandes erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den „Trade-Unions“ (englischer Name für Gewerkschaften) „kann die Kapitalisten zwingen, den vollen Marktwert der Arbeitskraft den Arbeitern zuzubilligen.“ (Engels, ebenda, S. 10)

Daran hat sich bis heute, trotz des jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes, nichts geändert.

„Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet“, heißt es im **DGB-Grundsatzprogramm**. Aber darin heißt es genau so zutreffend: „Die Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

(Ebenda, in: „Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall“, 1964, S. 492/3)

Bekanntmachung.

Nachdem am 26. und 27. djs. Mts. hier öffentliche Zusammenrottungen stattgefunden haben, bei welchen den Executivbeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit vereinten Kräften durch Gewalt Widerstand geleistet ist, und da weitere dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt, so wird auf Antrag des Herrn Regierungs-Präsidenten von Pilgrim hiermit der

Belagerungszustand

für den Stadtkreis Bielefeld und die Amts-Gemeinde Gadderbaum-Sandbagen auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 provisorisch erklärt.

Mit dieser Bekanntmachung geht die vollziehende Gewalt an mich, den Militär-Befehlshaber, über; ich setze die Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde für die genannten Bezirke bis auf Weiteres außer Kraft, und ordne auf Grund des § 9 des bezeichneten Gesetzes zunächst Folgendes an:

1. Jede Ansammlung von mehr als 6 Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.
2. Die Fenster an denjenigen Straßen, auf welchen trotz jenes Verbotes Ansammlungen von Menschen stattfinden sollten, sind von ein tretender Dunkelheit ab zu erleuchten.
3. Alle öffentlichen Wirthshäuser sind um 9 Uhr Abends für einheimische Gäste zu schließen.
4. Das Tragen von Waffen und gefährlichen Werkzeugen ist verboten.

Zugleich wird auf die in den §§ 8 und 9 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 angedrohten schweren Strafen hiermit nachdrücklich aufmerksam gemacht.

Bielefeld, den 28. März 1885.

Köppen,

Oberst und Garnison-Aeltester.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes der Gewerkschaften

Der Kampf der Gewerkschaften, das kapitalistische Lohngesetz einzuschränken, stellt noch keinen Kampf gegen den Kapitalismus selbst, gegen die Ausbeutung selbst dar. Er nimmt Einfluß auf die Bedingungen, unter denen die Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, also Lohnhöhe, Arbeitszeit, Urlaub usw. Aber er beseitigt nicht die Tatsache dieses Verkaufs der Arbeitskraft selbst und damit der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Der rein wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften richtet sich gegen Wirkungen des bestehenden kapitalistischen Systems, nicht jedoch gegen dieses System selbst.

Das darf indessen nicht dazu verleiten, den rein wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften gering zu schätzen. Ohne diesen Kampf erhalten die Arbeiter noch nicht einmal das als Lohn, was ihnen nach den Gesetzen des kapitalistischen Austauschs von Ware gegen Ware, von Arbeitskraft gegen Arbeitslohn, zusteht. Der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften ist also notwendig, damit sich die Lage der Arbeiter im Kapitalismus nicht dem Existenzminimum nähert, sondern so günstig gestaltet wird, wie das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist.

Ein zweiter Gesichtspunkt kommt hinzu: Arbeiter, die noch nicht an der Arbeiterbewegung teilnehmen, verstehen am leichtesten den Kampf für Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Tagesinteressen. Der gewerkschaftliche Kampf ist also auch notwendig, um auf diesem Wege immer größere Teile der Arbeiterschaft in die Arbeiterbewegung einzubeziehen. Der gewerkschaftliche Kampf ist eine Bedingung für das Wachstum der Arbeiterbewegung, für die Sammlung, Organisierung und Schulung von Arbeitern zum gemeinsamen Kampf für ihre nächsten persönlichen und darüber hinaus für die weitergehenden Interessen ihrer Klasse.

Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften

Die nur-gewerkschaftliche, sozialreformistische Richtung

Hier ist der Ausgangspunkt grundlegend verschiedener Auffassungen über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaft im Kapitalismus.

Die Unternehmer haben anfangs mit allen Mitteln versucht, die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern: sie arbeiteten mit wirtschaftlichem Druck (Entlassungen, Aussperrungen). Die dem Kapital hörigen Regierungen sprachen Verbote aus, sperrten Gewerkschafter ein, deportierten sie auf Strafsinseln. Sie ließen auf Gewerkschafter schießen, Gewerkschafter hängen!

Aber das alles erwies sich – infolge des Anwachsens der Arbeiterklasse und damit ihres organisierten Kampfes um mehr Lohn und bessere Arbeitsbe-

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER

Gewerkschaft	Arbeiter	Angest.	Beamte	Gesamt	in %
IG Metall	1 773 773	1 62 903	—	1 936 676	29,8
Gewerksch. ÖTV	592 543	287 613	92 341	972 497	15,0
IG Chemie, Papier, Keramik	477 807	55 892	—	533 699	8,2
IG Bau, Steine, Erden	483 606	19 312	—	502 918	7,8
IG Bergbau u. Energie	425 109	44 882	98	470 089	7,2
GdED	251 104	8 542	176 047	435 693	6,7
Gew. Textil, Bekleidung	317 569	14 729	—	332 298	5,1
Deutsche Post-Gewerkschaft	99 306	18 587	205 932	323 825	5,0
Gewerkschaft NGG	249 156	32 304	—	281 460	4,3
Gewerkschaft Holz	139 762	3 498	—	143 260	2,2
IG Druck u. Papier	136 136	8 424	—	144 560	2,2
Gewerkschaft HBV	27 329	99 641	—	126 970	2,0
Gew. Erziehung. u. Wissensch.	—	2 396	91 918	94 314	1,7
Gew. Gartenb., Land- u. Forstw.	72 500	1 780	3 199	77 479	1,2
Gewerkschaft Leder	78 044	2 049	—	80 093	1,2
Gewerkschaft Kunst	2 329	27 277	34	29 640	0,4
DGB gesamt	5 126 073	789 829	569 569	6 485 471	100,0
Mitglieder anderer Angestelltenorganisationen:				(DGB-Mitteilungen, Stand vom 31. 12. 1964)	
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)			479 457		
Deutscher Handels- u. Industrieang.-Verband			61 051		
Deutscher Beamtenbund			680 742		
Deutsches Beamtenkartell			158 777		
				(Statistisches Jahrbuch 1964 S. 166, Stand 30. 9. 1963)	

Die internationale Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsmitglieder in der Welt:	1913	15.000.000
	1963	200.000.000

Sie waren 1963 organisiert:

WGB (Weltgewerkschaftsbund)	120.000.000
IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)	57.000.000
IBCH G (Internatioaler Bund Christlicher Gewerkschaften)	6.000.000

Autonome Gewerkschaften, die den genannten Organisationen nicht angeschlossen sind: 17.000.000

dingungen — als vergeblich. Die klügsten Vertreter der Kapitalinteressen änderten nun ihre Taktik: sie erkannten, daß die Gewerkschaft — bei einer Begrenzung ihrer Tätigkeit auf das Aushandeln der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen — zwar lästig sein würde. Aber sie würde dennoch nur Verhandlungs-, „Sozialpartner“ des Kapitals sein, die Kapitalmacht selbst aber nicht gefährden.

In dieser Richtung suchten sie die Gewerkschaften zu beeinflussen. Sie gründeten sogar eigene Gewerkschaften, (z.B. die **Hirsch-Dunckersche** Gewerkschaft) die mit den Arbeitergewerkschaften „konkurrierten“. Die Arbeiter nannten diese Organisationen „gelbe Gewerkschaften“.

Es gab und gibt jedoch auch in den von Sozialisten gegründeten Gewerkschaften Führer, die aus der Gewerkschaft eine Organisation machten, von der keine Gefahr für die Ausbeutung selbst ausging. Diese Führer wollten ihre gute Gewerkschaftsposition oder ihre Posten in Organen der Zusammenarbeit mit dem Großkapital und seines Staates nicht gefährden. Ihr Denken war an die Vorstellungen der bürgerlichen Welt gekettet, sie hatten sich nicht wirklich auf die Höhe sozialistischer Erkenntnis empogearbeitet. Aus diesen Gründen empfanden sie Angst vor der sozialistischen Umwälzung, gaben sie der Idee von Reformen **innerhalb** des kapitalistischen Systems gegenüber der Idee von der Abschaffung dieses Systems selbst den Vorzug, beschränkten sie den Kampf der Arbeiterbewegung auf das Aushandeln besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, drängten sie die Arbeiterbewegung in den entscheidenden politischen Fragen auf „Neutralität“. In der Praxis bedeutete das, den großkapitalistischen Kräften den Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele freizuhalten.

Das waren Männer wie **Carl Legien**, **Theodor Leipart** und andere. Sie wurden in den Arbeitergewerkschaften zu Vertretern der „Sozialpartnerschaft“, der Arbeitsgemeinschaft von Kapitalisten und Arbeitern.

Wohin es führte, daß diese reformistischen Kräfte die Gewerkschaften immer mehr auf die Linie des Verzichts einer eigenen Haltung in den großen politischen Klassenfragen drängten, das zeigte sich, als 1914 das deutsche Großkapital den ersten Weltkrieg auslöste. Damals antwortete Legien auf besorgte Fragen seiner belgischen Genossen, wie sich die deutschen Gewerkschaften verhalten würden: man werde sich schlagen. „Die Genossen waren entsetzt darüber, sie hatten erwartet, daß ich den Massenstreik empfehlen würde.“ (Th. Leipart, „Karl Legien“, Berlin 1929, S. 101)

Mehr noch: sie riefen zum „Burgfrieden“ im Kampf gegen die „eigenen“ Kapitalisten auf und traten für die Bewilligung der Kriegskredite ein. Sie unterstützten also diesen Krieg.

Es zeigte sich auch, als es 1918 in Deutschland zur Revolution gegen den Krieg und die Monarchie kam. Damals traf sich **Legien** mit den führenden Vertretern des Großkapitals, **Stinnes**, **Rathenau** und anderen. Gegen deren durch die Revolution ohnehin erzwungene Zustimmung zum Achtstundentag erklärte sich Legien bereit, ernsthaften Streiks entgegenzuwirken und

auf Sozialisierungsforderungen zu verzichten. Das Ergebnis dieses Abkommens war die Beibehaltung der alten Besitz- und Machtverhältnisse und damit der gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen später Faschismus und Krieg erwachsen konnten. Selbstkritisch bekannte die Führung der SPD 1934:

„Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung... Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler“, den sie beging. („Sozialistische Aktion“, Karlsbad, 28. Januar 1934)

In der Weimarer Republik standen solche Kräfte an der Spitze der Gewerkschaft, deren Kampf immer mehr auf die rein wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen beschränkt wurde. Ihre Neutralität in politischen Fragen ging so weit, daß die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, gegen Hitlers Machtantritt zu streiken. Mehr noch: sie beschloß, sich an der Feier der Nazis am 1. Mai 1933 zu beteiligen. Nachdem sie sich so weit selbst erniedrigt hatte, erhielt sie am 2. Mai 1933 die Quittung: die Gewerkschaft wurde verboten. Im Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Großkapital kann man eben nur Hammer oder Amboß sein, ein Drittes gibt es nicht.

Öffentliche Bekanntmachung.

In Bremen sind in den letzten Tagen unter der Bevölkerung Flugblätter verteilt worden, in denen zu einem Generalstreik aufgefordert ist.

Jeder, der an einem solchen Streik teilnimmt, ihn begünstigt, oder zum Streik auffordert, insbesondere durch Verteilung von Flugblättern, läßt eine unfähigbare Schuld am Vaterland, vor allem an unseren treuauusharrenden Brüdern an der Front auf sich.

Auch legt er sich den schwersten Strafen aus, und kann wegen Landesverrats und Aufruhrs mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Nur verblendete, verführte oder bestochene Menschen können in dieser Zeit zu einem Generalstreik auffordern.

**Kein deutscher Arbeiter wird jetzt das Vaterland im
Stiche lassen wollen.**

Ich werde gegen alle diejenigen, die sich in irgend einer Weise an einem solchen Streik beteiligen, rücksichtslos mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten.

Der stello. kommandierende General

v. Falk.

M. P. 101 101 101 101

Helmstedt, den 14. August 1917.

Die klassenkämpferische, sozialistische Richtung

Es gab jedoch von Anfang an auch eine andere Richtung in der Gewerkschaft. Die Vertreter dieser Richtung waren sich darüber klar, daß der Kampf nicht nur zu führen ist um günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, sondern auch um die Aufhebung einer Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Dazu war und ist der **ökonomische Kampf** der Arbeiter **unerlässlich**. Aber dazu war und ist auch die Einsicht unerlässlich, nicht daß dieser Kampf nur die Bedingungen der Ausbeutung regelt, nicht jedoch die Ausbeutung selbst abschafft. Notwendig war und ist die Schulung und Organisation der Arbeiter und Angestellten für den Kampf um weitergehende Ziele: da die Grundlage der Ausbeutung das kapitalistische Privateigentum ist, muß der Kampf um dessen Aufhebung, um dessen Ersetzung durch das sozialistische Eigentum des Volkes geführt werden. Hierbei stellt sich die Macht-, die Staatsfrage, denn eine solche grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist nicht möglich in einem Staat, dessen Aufgabe es letzten Endes ist, die bestehende kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln zu erhalten.



Revolution in Berlin

So stehen sich Arbeiter und Kapitalisten nicht nur auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf dem politischen Kampfplatz gegenüber, muß die Arbeiterschaft nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Klassenkampf führen. Die Gewerkschaft ist die Arbeiterorganisation zur Führung des **wirtschaftlichen** Klassenkampfes. Diesen Kampf wird sie nur dann wirklich im Interesse der Arbeiter führen, wenn ihr dieser unüberbrückbare Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, ihre Grundinteressen klar sind und sich darum die Gewerkschaft zum sozialistischen Ziel bekennt. Das erfordert die Bejahung einer Arbeiterorganisation durch die

Gewerkschaft, die diesem wirtschaftlichen Kampf seine weitergehenden Ziele weist, die diesen defensiven Kampf gegen die Wirkungen zu einem offensiven Kampf gegen das Ausbeutungssystem selbst weiterführen hilft. Das ist eine Organisation, die die hierfür nötige politische Erziehungs- und Organisierungstätigkeit unter den Arbeitern leistet. Es ist eine Organisation, die aus ihrer wissenschaftlich-sozialistischen Gesamtsicht auf das System und die Geschichte des Kapitalismus imstande ist, alle Formen des Klassenkampfes der Arbeiter zu koordinieren und zu leiten: die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen.

Das ist eine Organisation, der natürlich nur jene Arbeiter angehören, die gegenüber dem Kapitalismus nicht nur Lohnforderungen anmelden, sondern viel tiefer- und weitergehende Einsichten gewonnen und darum begriffen haben: wenn das Volk frei sein soll, muß die Ausbeutung überhaupt verschwinden. Es handelt sich hier um die höchste Form der Arbeiterorganisation, um die marxistische Arbeiterpartei, die die Gesamtinteressen vertritt und damit die politische Form der Arbeiterbewegung ist. Wie der Teil dem Ganzen, so ist jede Arbeiterorganisation zur Führung des Kampfes auf einem Teilgebiet, – hinsichtlich der Gewerkschaft also auf dem wirtschaftlichen Teilgebiet – der Organisation zur Führung aller Formen des Klassenkampfes der Arbeiter, also der Arbeiterpartei, untergeordnet.

Das war die Auffassung von **Karl Marx**, **Friedrich Engels**, von **August Bebel** und den anderen Schülern von Marx in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die neue Rolle der Gewerkschaften

Die Gesellschaft entwickelt sich weiter. Der heutige Kapitalismus hat zwar sein Wesen nicht verändert, von der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu existieren, aber er hat ein anderes Gesicht, als jener des vergangenen Jahrhunderts. Aus dem Konkurrenzkampf der vielen Kapitalisten ging eine kleine Gruppe von kapitalistischen Riesen, produktions- und marktbeherrschenden Firmen, Monopolen hervor. Deren Macht verband sich immer mehr und direkter mit der Macht des kapitalistischen Staates. Darum wird der heutige Kapitalismus staatsmonopolistischer Kapitalismus genannt.

Dieser heutige Kapitalismus schafft neue Probleme für die Arbeiterbewegung, auch für die Gewerkschaften: Wenn die Wirtschaftsmacht des Monopolkapitals mit der politischen Macht des Staates verfilzt ist, so muß auch der Kampf der Arbeiter und Angestellten um ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse enger mit dem politischen Ringen um die Sicherung und den Ausbau der Demokratie verzahnt werden.

Die Monopole wirken direkt über den Staat, über dessen gesetzgeberische und ökonomische Maßnahmen (durch Preis-, Steuer-, Kredit- und andere Manipulationen) auf die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Arbeiter, wie die Höhe des Reallohnes, ein. Also gewinnt der Kampf an Bedeutung, der geführt wird für eine Regierungspolitik, die sich allmählich aus den Fesseln der Monopole löst; die Schwächung der Macht der Mono-

pole durch aktive Lohnpolitik, Ausdehnung der Mitbestimmung der arbeitenden Volksschichten und durch Verstaatlichung von Monopolbetrieben erstrebt. War es schon in früherer Zeit unzureichend, den Kampf der Gewerkschaft ausschließlich auf der wirtschaftlichen Ebene zu führen, wie das die nur-gewerkschaftliche Richtung anstrebte, so ist heute die Vertretung selbst der unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiterklasse ohne politischen Kampf der Gewerkschaften nicht mehr möglich.

Unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus, ist der wirtschaftliche Klassenkampf unmittelbar verbunden mit dem Kampf um die Erhaltung und die Erweiterung der Demokratie. Er richtet sich gegen die Allmacht von einigen Dutzend Riesenkonzernen.

Damit ändert sich auch die Beziehung der Gewerkschaften gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung. Die Macht der Konzerne ist im kapitalistischen Deutschland heute größer als je. Soll diese Macht zurückgedrängt werden, sind starke Gegenkräfte nötig. Die Gewerkschaft muß sich bemühen, auch mit den anderen vom Großkapital ausgebeuteten und bedrängten Schichten zusammenzugehen. Sie darf sich nicht in die alte, falsche Frontstellung der Arbeiter gegen die Bauern, der Stadt gegen das Land hineinziehen lassen: Stadt und Land werden von den gleichen Großkonzernen, ihrer Preis-, Kredit- und Steuerpolitik ausgebeutet. Andererseits können sich alle demokratischen Kräfte unseres Volkes gerade auf die Gewerkschaft, auf diese größte Arbeiterorganisation stützen, wenn es um die Sicherung des Friedens und der Demokratie geht. Je stärker die Gewerkschaft, je entschiedener die in ihr wirkenden Kräfte für die Verteidigung der Demokratie, ihrer Erweiterung sind, desto leichter können wir alle unsere Lebensinteressen verteidigen.

Diese neue Rolle der Gewerkschaften ergibt sich bei uns um so mehr, als die Führung der Sozialdemokratie erklärt, nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse zur Leitlinie ihres Handelns machen zu wollen.

Neue Gefahren für die Gewerkschaften

Unter diesen Umständen verstärkt sich jedoch auch der Druck der großkapitalistischen Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften.

Sie behaupten:

Die Gewerkschaft vertritt nur 30 Prozent der Beschäftigten. Aber Brenner und andere „rote Gewerkschaftsführer“ maßen sich an, für alle Arbeitnehmer zu sprechen.

– Ausgerechnet die Herren der Unternehmerverbände, die nur sich selbst repräsentieren, reden von Mehrheitsrechten! Als ob sie nicht wüßten, daß bei Betriebsratswahlen 75 bis 80 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, organisierte und nichtorganisierte, die Gewerkschaftslisten wählen.

Sie behaupten:

Die Gewerkschaft ist nicht einsichtsvoll. Sie hält nicht Maß. Sie achtet nicht auf das Gesamtinteresse. Wer war es denn, der nach 1945 wirklich das Gesamtinteresse achtete und die Betriebe wieder in Gang setzte, als die Abs, Flick und andere als Kriegsverbrecher inhaftiert oder angeklagt waren? Das waren die Arbeiter und Angestellten. Wer aber hat die Früchte dieser Arbeit geerntet? Die Tausende Millionäre und Multimillionäre der Bundesrepublik, die sich Luxusvillen bauen, Traumreisen unternehmen, sich als Playboys vergnügen und den anderen Maßhalten predigen!

Sie erklären:

Die Gewerkschaftsforderungen gefährden die Konjunktur!

– Die Gewerkschaftsforderungen, nicht die Gewinnexplosion der Konzerne und nicht die Rüstungsmilliarden!

Sie sagen:

Die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung und Vergesellschaftung von Konzernbetrieben gefährden unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. – Aber es steht gerichtsnotorisch fest, daß die deutsche Großindustrie und die Großbanken das Hitlerregime finanzierten, also die Demokratie vernichteten. Manche Gewerkschaftsführer haben zwar 1933 politisch versagt, aber die Gewerkschaft hat 1920, im Kampf gegen den Kapp-Putsch, die Demokratie verteidigt. Die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen den Faschismus, das waren die kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschafter. Tausende und Abertausende von ihnen wurden von Nazis ermordet. Ausgerechnet jene Kreise, die Hitlers diktatorisches Kriegsregime organisiert und schon einige Male das Grundgesetz „ergänzt“ haben, die es durch Notstandsgesetze gänzlich aufhebbar gemacht haben, werfen jenen Gewerkschaftern antidemokratische Gesinnung vor, die gegen Hitler mutigen Widerstand leisteten und heute – gegen die einstigen Wehrwirtschaftsführer, Politiker und Generäle, gegen deren politische Pläne gewandt – ausrufen: Davon geht die Gefahr für Frieden und Demokratie aus.

So soll durch die Konzernpresse, durch „Bild“ usw. der DGB in der Öffentlichkeit abgewertet, Mißtrauen gerade gegen jene Organisation gesät werden, die am besten dazu befähigt ist, Diktatur und Krieg von uns fern zu halten. Diese ganze Hetze gegen die Gewerkschaften dient in Wahrheit nur einem Ziel, den Milliardären die möglichst ungehinderte Verfolgung ihrer Profit- und Machtziele zu ermöglichen.

Dieser systematische Verleumdungsfeldzug gegen die Gewerkschaften soll den Eindruck hervorrufen, es wäre das Beste, es gäbe gar keine Verbände und Funktionäre. Dann hat man auch erreicht, daß man glaubt, es wäre besser, es gäbe auch gar keine Parteien und keine Parteifunktionäre und es käme endlich wieder einer mit dem „eisernen Besen“ und was dazu gehört.



Inhaftierte Arbeiter, Gewerkschaftler in KZ-Oranienburg

Wohin diese Kuren mit dem „eisernen Besen“ in Deutschland geführt haben, ist doch nur zu bekannt. Die besten unter unseren Professoren haben sehr wohl erkannt: Nur starke, einheitliche, entschlossen handelnde Gewerkschaften können den reaktionären Tendenzen in der Bundesrepublik Widerstand entgegensetzen und eine erneute katastrophale Entwicklung in Deutschland verhindern. Darum haben sie sich immer wieder an die Gewerkschaft mit mahnenden Appellen gewandt, um alles zu tun, die Freiheit zu verteidigen.

Gefahren inmitten der Gewerkschaftsbewegung selbst

Es gibt jedoch auch Gewerkschaftsführer, die aus den tragischen Ereignissen 1914 – 1918 und 1933 – 1945 nichts gelernt haben. Sie predigen der Gewerkschaft Neutralität in politischen Lebensfragen oder wollten sie sogar zur Bejahung der Notstandsgesetze (früher des „Wehrbeitrages“) veranlassen. Sie fordern auch – ganz wie die Unternehmerverbände – man müsse Lohnforderungen an den Produktivitätsfortschritt binden. Sie reden, ganz wie die Konzerne, von der Berücksichtigung des „Gesamtinteresses“. Als ob es bei der Teilung des Netto-Sozialproduktes in Profit für die Ausbeuter und Lohn für die Ausgebeuteten ein solches „Gesamtinteresse“ geben könnte! Sie verstoßen mit ihrem Verhalten gegen die Aufgabe der Gewerkschaft, im wirtschaftlichen Kampf zu erreichen, daß der Lohn dem Wert der Arbeitskraft wenigstens nahe kommt. Denn die Ausrichtung von Lohnforderungen am Produktivitätsfortschritt bei Außerachtlassung der fortgesetzten Geldentwertung, der steigenden Anforderungen an den Arbeiter durch die moderne Technik usw. bedeutet in Wahrheit, eine Senkung des Reallohns hinzunehmen, gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaft Front zu machen. Außerdem stellen sich manche von ihnen, ebenso wie Minister Schiller, gegen die Mitbestimmungsforderung der Arbeiter, sehen sie – wie auch die Konzernherren – darin einen Eingriff in die Freiheit der Unternehmer.

Die Ziele des DGB

1963 hat sich der DGB ein neues Grundsatzprogramm und 1965 ein neues Aktionsprogramm gegeben. Dabei kam der DGB 1963 zu folgender grundsätzlicher Einschätzung der gesellschaftlichen Bedingungen und der Situation der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik:

„Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

Es ist deshalb natürlich, daß sich die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften gegen die „alten Besitz- und Machtverhältnisse“ und alle daraus resultierenden politischen und sozialen Folgen richten. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik kämpfen für eine Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiter und Angestellten wirklich Einfluß besitzen, für eine Ordnung, die dem sozialen Fortschritt, der Demokratie und dem Frieden verpflichtet ist.

Das Aktionsprogramm des DGB stellt dazu die Forderung nach dem **Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens** in den Vordergrund. Eine politische Demokratie ohne eine demokratische Wirtschaftspolitik ist nicht denkbar. Voraussetzung ist aber, daß die Arbeitnehmer wirklich Einfluß in den Konzernbetrieben, in Wirtschaft und Staat erlangen. Die qualifizierte Mitbestimmung in allen Großbetrieben kann den rücksichtslosen Machtanspruch einer kleinen Oberschicht eindämmen und die sozialen Gefahren, die unter den Bedingungen der Allmacht der Milliardäre mit der technischen Revolution heraufbeschworen werden, verringern. Gerade die Automatisierung führt zu einer abermals beschleunigten Machtkonzentration der großen Konzerne und Banken.

Mit Recht hat **Otto Brenner** auf der **II. Automationskonferenz der IG Metall** in Oberhausen darauf hingewiesen, daß die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 ein typisches Beispiel war, „wie unkontrollierte Mächte Schicksal spielen und ein ganzes Volk und schließlich die ganze Welt ins Verderben stürzen können. Ohne die massive finanzielle Unterstützung durch einige deutsche Konzerne wäre Hitler kaum an die Macht gekommen.“¹⁾

Streik in der hessischen Metallindustrie 1951



Vor dem Tor der Opel-Werke in Rüsselsheim

Die Mitbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften kann die eigensüchtigen und gefährlichen Absichten der großen Monopole kontrollieren und einschränken. Um die Mitbestimmung wirksam werden zu lassen, fordern die Gewerkschaften eine Änderung des bisherigen Betriebsverfassungsgesetzes, das in wesentlichen Teilen den Interessen der Arbeitnehmer widerspricht.

Untrennbar mit der Forderung nach Mitbestimmung ist der Kampf der Gewerkschaften gegen die zunehmenden reaktionären Tendenzen und den Abbau der Demokratie in der Bundesrepublik verbunden. Dies ergibt sich eben aus den Erfahrungen mit den undemokratischen Instrumenten der Weimarer Republik, wie dem damaligen Notstandsgesetz, das schließlich zu den brutalen Diktaturgesetzen des Nazi-Staates führte.

Die Gewerkschaften müssen die in der Verfassung garantierten Rechte und demokratischen Freiheiten verteidigen. Gegen wen sich die Notstandsgesetze richten, haben die Übungen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes in verschiedenen Teilen des Landes deutlich gemacht. Da wurde gegen angenommene Streiks der Arbeiter die Notstandsdiktatur praktiziert.

Der DGB wendet sich gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Stattdessen fordert der DGB, daß die Bundesregierung einen konkreten Beitrag zur Entspannung, zur Sicherung des Friedens und zur Abrüstung leistet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß nur eine aktive Lohnpolitik die Arbeitnehmer vor den härtesten Folgen der ständigen Preistreiberei bewahren und ihren Anteil am Sozialprodukt erhöhen kann. Sie wenden sich gegen alle Bestrebungen, die die Tarifautonomie einengen, an ihre Stelle eine staatliche „Schlichtung“ setzen wollen und lehnen die einseitigen Maßhalteappelle ab. Der DGB fordert eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Zeitalter der technischen Revolution wirft in unsere Gesellschaft neue, noch ungelöste Probleme auf. Dabei wird die Sicherung der Arbeitsplätze zu einer vordringlichen Aufgabe. Schon heute werden jährlich 1,5 Millionen Arbeitnehmer aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen verdrängt. Noch bietet ihnen die Konjunktur zwar die Möglichkeit, in anderen Bereichen wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Aber schon jetzt kann nicht verhindert werden, daß die Arbeitnehmer materielle Einbußen durch die Umsetzungen an einen anderen Arbeitsplatz erleiden. Die Gewerkschaften verlangen deshalb eine langfristige Planung und rechtzeitige Hilfe zur Sicherung der Vollbeschäftigung.

Die technische Revolution wirft gleichzeitig die Frage nach dem Bildungsniveau unseres Volkes auf. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften fordern die Gewerkschaften eine Reform unseres Bildungswesens.

Die Schulpflicht soll auf 10 Jahre ausgedehnt, die ein- und zweiklassigen Zwergschulen müssen beseitigt und die Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit gesichert werden. Der DGB verlangt, daß endlich die Begabungen in allen



Baden-Württemberg 1963, Streilokal in Mannheim

Volksschichten gleichmäßig gefördert werden und junge Menschen aus Arbeiterfamilien auf die Universitäten und Hochschulen gelangen. Seit Jahren fordert der DGB ein einheitliches und fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz.

Der DGB verlangt die Verbesserung der Altersrenten, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung auf 60 Jahre und die Einführung einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Die Gewerkschaften warnen vor Manipulationen und neuen Schuldverschreibungen der Sozialversicherung. Ähnlich wurde bereits im ersten und zweiten Weltkrieg zur Finanzierung der Kriegsausgaben verfahren.

Die hier genannten Forderungen der Gewerkschaften beschränken sich auf die wichtigsten und aktuellsten Aufgaben. Sie beweisen, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik umfassend die sozialen und politischen Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Allerdings hängt alles davon ab, daß diese Forderungen nicht auf geduldigem Papier stehen bleiben, sondern der Kampf dafür organisiert wird.

Warum Gewerkschaftsmitglied?

Dennoch gibt es unter Arbeitern und Angestellten Stimmen gegen die Gewerkschaft. Die einen sagen: Gewerkschaften sind schon gut, aber warum soll gerade ich Mitglied sein, Geld für die Beiträge aufbringen und mich in meiner Freizeit durch Versammlungen belasten?

Andere haben sich durch die Unternehmerpropaganda anstecken lassen und meinen: Auch wenn es keine Gewerkschaften gäbe, wären die genannten Errungenschaften der Gewerkschaften von anderen Einrichtungen, also auf gesetzlichem Wege, durchgesetzt worden.

Wieder andere sagen: die Lohnerhöhung, die die Gewerkschaft erreicht, kriege ich auch so! Bei manchem gibt es eine ablehnende Haltung zum DGB, die aus Verärgerung über den Kurs dieser oder jener Funktionäre in den Gewerkschaften entspringt. Der DGB wird dann abgelehnt, weil er nicht ganz oder nicht gründlich genug die Interessen der Arbeitenden wahrnimmt. Mancher hat sich von dem Argument einfangen lassen, die Gewerkschaften hätten schon Geld genug, seien kapitalistische Mächte usw. usf.

Schauen wir uns diese Argumente an.

Was die zuerst genannte Auffassung anbelangt, die darauf hinausläuft, die Vorteile der Gewerkschaft zu nutzen, ohne sich selbst festzulegen, so hält sie keinem Nachdenken stand. Es soll hier gar nicht auf die moralische Seite eingegangen werden. Der geringe Vorteil einer Beitragsersparnis kann das Risiko dieser Haltung nicht aufwiegen. Es liegt doch auf der Hand, daß die Bedeutung der Gewerkschaft nicht zuletzt durch ihre organisatorische Stärke bestimmt wird. Wenn heute ein Drittel der Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik im DGB organisiert ist, so ist das nicht wenig, noch dazu wenn man bedenkt, daß der DGB in der Großindustrie des Metall- und Chemiebereiches und im Bergbau besonders konzentriert ist.

Welche Möglichkeiten aber hätte der DGB, wenn in seinen Reihen nicht 6,5 sondern 10 oder 12 Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert wären! Die Überlegung sollten sich auch jene machen, die irrtümlich glauben, daß die sozialen Gesetze und demokratischen Rechte vom Staat auch ohne den Druck und die Kampftschlossenheit der Gewerkschaften angenommen werden. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt genau das Gegenteil. Es gibt zwar Ausnahmebedingungen, wie unsere Konjunktur und der Arbeitskräftemangel in der Bundesrepublik. Das macht es in manchen Fällen möglich, daß einzelne Arbeiter über den Meister oder über Kündigungsdrohungen gewisse Verbesserungen durchsetzen können. Das schafft sicher Illusionen, führt zur Unterschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften. Dennoch wird die Schwäche des einzelnen in dem Maße wieder deutlich sichtbar werden, wie die Konjunktur sich abschwächt, der Arbeitskräftemangel abnimmt, Probleme wie im Bergbau oder der Stahlindustrie auftreten. Darüber hinaus profitiert der einzelne, auch der Unorganisierte, aus dem bloßen Vorhandensein der Gewerkschaft. Möge sich jeder nur einmal fragen, was geschähe, wenn er, allein auf sich gestellt, seine

Wünsche und Forderungen an die Unternehmer und an den Staat stellen müßte? Man würde ihn mit Hohn und Spott abweisen! Wer fragt schon danach, ob Herr Müller oder Herr Schulze mehr Lohn, Gehalt, mehr Freizeit und soziale Sicherheit haben will, wenn er allein an die Tür der Mächtigen klopf? !

Erst wenn die Gewerkschaft, die Organisation der Millionen Arbeiter, die Forderungen anmeldet, ändert sich das!

Die **Solidarität** der in ähnlichen Verhältnissen lebenden Arbeitskameraden, die **Organisation** der Vielen in den Gewerkschaften und ihre **Entschlossenheit**, notfalls auch durch Kampf die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer durchzusetzen, kann für den einzelnen etwas erreichen!

Kein Arbeiter sollte sich durch Einzelbeispiele eines individuellen Erfolgs „ohne Gewerkschaft“ in Ausnahmehedingungen täuschen lassen. Erstens kommen auch andere Zeiten. Zweitens steht hinter diesem Einzelbeispiel die Existenz der Gewerkschaft. Drittens sind solche Erfolge ohne jegliche Absicherung durch Betriebsrat oder Gewerkschaft jederzeit wieder rückgängig zu machen. Schließlich wäre die Lohnerhöhung erheblich größer, wenn hinter den Gewerkschaften noch mehr Mitglieder stünden.

Die Gewerkschaften besitzen Millionen? Gut so! Die Arbeiter sind nicht mehr ohne finanziellen Rückhalt. Sie können mit ganz anderer Kraft den Unternehmern entgegentreten. Diese wissen genau, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften mit ihrer Finanzkraft wächst, insofern sie von Arbeitervertretern geführt wird. Die Konzerngewaltigen fürchten die Gewerkschaften heute mehr als früher, weil sie nicht mehr auf ein „Aushungern“ der Gewerkschaften spekulieren können. Es ist möglich, durch den Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft Zugeständnisse des Großkapitals an die Arbeiter zu erringen.

Gewiß, es wäre „mehr drin“. Zumal die Konzerngewaltigen auch deshalb den Forderungen leichter als früher nachgeben, weil an der Elbe eine andere Ordnung beginnt, eine Ordnung ohne kapitalistisches Großeigentum. Die „Bosse“ befürchten ansteckende Wirkungen von dort im Falle großer Arbeitskämpfe. Zwar entspringt daraus manche Kritik an ungenügenden gewerkschaftlichen Maßnahmen. Aber müßten nicht gerade jene, die der Gewerkschaft mangelnde Konsequenz vorwerfen, Mitglied der Gewerkschaft sein, um zu versuchen, dort ihre Kritik anzubringen, wo sie einzig und allein fruchten kann?

Wer in seinem eigenen Interesse und damit im Interesse der Millionen arbeitenden Menschen in einem friedlichen und demokratischen Land leben will, wer seinen eigenen Lebensstandard sichern und den sozialen Fortschritt will, wer in einer Gesellschaft leben will, in der Gerechtigkeit und Demokratie herrschen und nicht einseitiger Macht- und Vermögenseinfluß bestimmend ist, der muß Mitglied einer Gewerkschaft des DGB sein!

Anhang

1) „Automation – Risiko – Chance“, Oberhausen 16. bis 19. März 1965, Materialien der 2. internationalen Arbeits-Tagung der IG Metall im DGB, Doc, P. 19, Otto Brenner „Mitbestimmung und technischer Fortschritt“, Seite 1216.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG

MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH

6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11